

Energie- und Wasserversorgung

Verantwortung zurück in städtische Hand



Manfred Kanzleiter

Die Energie- und Wasserversorgung sind Aufgaben der Daseinsvorsorge, die nicht allein dem Markt überlassen werden dürfen – denn der Markt ist blind für soziale Belange. Leistungen der Daseinsvorsorge müssen den Bürgerinnen und Bürgern zu angemessenen Preisen in hoher Qualität zur Verfügung stehen. Dies zu gewährleisten ist Aufgabe der Städte und Gemeinden.

Präsident des Städtetags Baden-Württemberg, Oberbürgermeister Ivo Gönner (Ulm), spricht sich für die Stärkung von Stadtwerken aus und empfiehlt Kommunen die Energie- und Wasserversorgung in die eigene Hand zu nehmen. Zur Wiederherstellung des Einflusses der Landeshauptstadt auf die Energie- und Wasserversorgung wollen wir, dass die Stadt ihre verkauften Anteile an der Bodensee- und Landeswasserversorgung zurück erwirbt. Im Jahre 2013 werden die Konzessionen zum Betrieb der Energie- und Wasserwerke in Stuttgart neu vergeben. Es ist da-



Klare Sache - Wir wollen den Rückwerb der verkauften Anteile an der Bodensee- und Landeswasserversorgung!

Angesichts der voranschreitenden Liberalisierung fast aller Lebensbereiche durch die europäische und nationale Politik wird immer klarer, dass der vollständige Verkauf des städtischen Unternehmens der Energie- und Wasserversorgung, den NWS, eine falsche politische Entscheidung war. Dieser Fehler muss korrigiert werden.

Wir Sozialdemokraten in Stuttgart akzeptieren für die Zukunft nicht mehr, dass die Landeshauptstadt als einzige Großstadt in Deutschland letztlich keinerlei Einfluss darauf hat, wer unsere Wasser-, Gas- und Stromversorgung betreibt.

Wir sind froh, dass andere Städte ähnlich denken: So hat die französische Hauptstadt Paris ihre privatisierte Wasserversorgung wieder in die eigene Hand genommen. Unsere Nachbarstadt Esslingen prüft den Rückkauf der „versilberten“ Netze der Energieversorgung. Auch der

von auszugehen, dass dafür eine europaweite Ausschreibung erforderlich ist. Diese ist von uns nicht gewollt und kann vermieden werden, wenn die Landeshauptstadt das Eigentum an den Netzen für Wasser, Strom und Gas von der EnBW erwirbt. Im Zusammenhang mit einem Rückkauf muss ferner entschieden werden, ob die Energie- und Wassernetze durch ein neu zu gründendes Stadtwerk, oder nach Ausschreibung der Betreiberaufgabe unter strengen Qualitätsbedingungen weiterhin durch die EnBW oder durch einen Dritten betrieben werden sollen.

■ **Manfred Kanzleiter**
Fraktionsvorsitzender

Die Zukunft der Wasserversorgung in Stuttgart



Dr. Gerald G. Sander

Die Stadt Stuttgart hat ihre Wasserversorgungsanlagen im Jahr 2002 an die EnBW verkauft. Wenn nach dem Ende des Konzessionsvertrages mit der EnBW zur Trinkwasserversorgung im Jahr 2013 erneut eine Konzession erteilt werden soll, unterliegt dies zwar nicht der EG-Vergaberichtlinie für öffentliche Aufträge, es sind aber die EG-Grundsätze der Gleichbehandlung, Nichtdiskriminierung und Transparenz in einem europaweiten Ausschreibungsverfahren zu beachten. Wird hiergegen verstoßen, führt dies zur Nichtigkeit des Vertrages.

Im neuen Konzessionsvertrag sind angemessene Rückübertragungsregeln, Mitbestimmungsrechte der Stadt für Ausbau-, Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen sowie Kontrollrechte zu regeln. Problematisch ist, ob nach heutiger Rechtslage ein solcher Anspruch der Stadt Stuttgart gegen die EnBW auf Rückkauf der Versorgungsanlagen besteht. Von OB Schuster wird dies verneint.

Will man die Rechtsfolge der Ausschreibungspflicht vermeiden, bleibt nur die Möglichkeit eines Rückkaufs der Versorgungsanlagen und die Aufgabenerfüllung durch einen Eigenbetrieb oder eine von der Stadt beherrschte Eigengesellschaft (z.B. eine GmbH). Im Wege der Ausschreibung nach der EG-Richtlinie für öffentliche Aufträge könnte dann auch ein Privater als Betriebsführer/Betreiber eingesetzt werden. Auch die Gründung und Auftragserteilung an ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen wäre nach dem EG-Vergaberegime ausschreibungspflichtig und könnte nicht freihändig erfolgen.

■ **Dr. Gerald G. Sander**
Rechtsanwalt



Herausgeber (V.i.S.d.P.) SPD-Kreisverband Stuttgart
Werastraße 10 · 70182 Stuttgart · Telefon: 07 11 - 237 19 91-0
Verantwortlich Seiten 3-4: Andreas Reißig · Kreisvorsitzender
Verantwortlich Seiten 1-2: Jürgen Guckenberger · SPD-Ortsverein Stuttgart-West
Schloßstraße 67 · 70176 Stuttgart · Telefon: 07 11 - 61 12 24

WEST-NACHRICHTEN

Stadtteilzeitung des SPD-Ortsvereins Stuttgart-West



Nr. 42 · Dezember 2008

Den Westen aktiv gestalten

Projektwerkstatt Olgäle 2012

Der Einladung zu einer Bürgerwerkstatt der Projektgruppe Olgäle 2012 und des Bezirksbeirats Stuttgart-West folgten einhundertvierzig interessierte Bürgerinnen und Bürger aus dem Westen am 14. und 15. November ins Bürgerzentrum. Dabei waren neben Kirchengemeinden, Bezirksbeiräten und Parteien, Vereinen und Initiativen Westlerinnen und Westler alle Altersgruppen, Berufe und Kulturen vertreten.



2012 zieht das Olgäle um – dann soll hier ein Modellquartier entstehen

Moderiert wurde die sehr gut vorbereitete und organisierte Veranstaltung von Vertretern der Familienforschung Baden-Württemberg, sowie des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg mit Hilfe von zehn ehrenamtlichen Moderatoren.

Bereits am Freitag Abend wurden Stärken und Schwächen, sowie Ideen für das neue Quartier von den Teilnehmern der Werkstatt aufgezeigt. Als positiv wurde die Lage des Grundstücks mitten im Westen mit seiner guten Anbindung an den ÖPNV und die angrenzenden Grünflächen gesehen. Kritikpunkte waren hauptsächlich das allgegenwärtige Verkehrs-

problem, die Gestaltung des öffentlichen Raums und der Mangel an Grünflächen, sowie die Mietpreise in Stuttgart. Als Vision haben die Bürgerinnen und Bürger ein bunt gemischtes, grünes und kommunikatives neues Stadtquartier vor Augen.

Nach einer Einführung durch die Veranstalter und Frau Schwörer vom Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung mit anschließendem Nachspaziergang über

das Olgäle-Areal am Freitag, folgte am Samstag der eigentliche Workshop. In vier Arbeitsgruppen zu den Themen „Kultur, Begegnung, Gemeinsinn“, „Arbeit, Versorgung, Nahverkehr, Gesundheit“, „Häuser, Grün, Strassen“ und „Baugemeinschaft, Wohngenossenschaft, Miete“ wurden konkrete Vorschläge zu Vorgehen und Umsetzung erarbeitet.

Am Ende standen folgende Punkte unter anderen als Ergebnis: Die Bürgerinnen und Bürger wollen weiterhin und über die Projektwerkstatt hinaus an den Planungen beteiligt sein, sie wünschen sich ein lebendiges, grünes und urbanes Quartier, das sich frei von finanziellen

Zwängen seitens der Stadt entwickeln kann und wollen eine großflächige Bebauung durch womöglich einen einzigen Großinvestor verhindern. Auch der Begriff des „Modellprojekts“, das Leuchtturmwirkung für zukünftige Projekte dieser Art haben soll, war einer der zentralen Punkte. Eine umfassende Dokumentation der Werkstatt wird demnächst unter www.kvjs.de/olgaele bereitstehen.

Die SPD war mit drei Mitgliedern des Bezirksbeirats und Stadtrat Jürgen Guckenberger in den Arbeitsgruppen vertreten. Insgesamt kann die Aktion als ein hervorragendes Beispiel bürgerschaftlichen Engagements gesehen werden, die hoffentlich Vorbildcharakter hat und nicht die letzte ihrer Art in Stuttgart war.

Für Sie vor Ort

- **Jürgen Guckenberger** · Stadtrat
Schloßstraße 67 · 70176 Stuttgart
Telefon: 07 11 - 61 12 24
juergen.guckenberger@stuttgart.de
- **Ralf Brodda** · Sprecher
der Bezirksbeiratsfraktion
Reinsburgstr. 132 · 70197 Stuttgart
Telefon: 07 11 - 549 82 21
brodda.schlieter@t-online.de
- **Astrid Rotzler-Lung**
Forststr. 62b · 70176 Stuttgart
Telefon: 07 11 - 61 31 91
gunda.lung@t-online.de
- **Kai Potratz**
Schloßstraße 79 · 70176 Stuttgart
Telefon: 07 11 - 995 72 52
potratz.bezirksbeirat.west@o2online.de
- **Gisela Möller-Pantleon**
Vogelsangstr. 81/2 · 70197 Stuttgart
Telefon: 07 11 - 63 42 30
g.kp.moeller@t-online.de
- **Hans-Georg Grudowski**
Leuschnerstr. 62 · 70176 Stuttgart
Telefon: 07 11 - 61 28 64
zaberfeld@t-online.de

Aktiv im Westen

Die Jusos – Sandkastenhelden und klare Worte

■ Unter dem Motto „Sandkastenhelden gesucht“ sucht die Juso AG Stuttgart-West ab sofort Spielplatzpaten für Flächen, die bislang „nur“ vom Garten-, Friedhofs- und Forstamt versorgt werden. Die „Patenerstausrüstung“ bestehend aus Müllzange und Eimer wird von den Jusos-West gesponsert.

Bisher haben von 36 Spielplätzen im Westen nur neun einen Spielplatzpaten. Dabei ist ein solches Engagement mit so wenig Aufwand verbunden. Die Jusos machen „ihren“ Spielplatz am Leipziger Platz, für den sie seit zwei Jahren Paten sind, ein Mal wöchentlich sauber und kontrollieren die vorhandenen Geräte auf Beschädigungen. Je nach „Anreiseweg“ ein Zeitaufwand von ca. 15 bis 30 Minuten. Und damit jeder mal dran kommt, wird monatlich abgewechselt. Insgesamt muss also ein Pate maximal zwei Stunden im Monat investieren. Welche Flächen noch zu haben sind, kann auf der Homepage der Jusos unter www.jusos-stuttgart.de/west in Erfahrung gebracht werden.

„Scheisst mein Kind etwa auf Ihren Teppich??“ Mit diesen drastischen Worten und Bildern wollen die Jusos außerdem auf einen speziellen Missstand auf den Grün- und Spielflächen im Westen aufmerksam machen. Mit Plakaten, die im

Wechsel an verschiedenen Spielflächen stehen, werden Hundebesitzer aufgefordert, die Hinterlassenschaften ihrer Tiere auch wieder mitzunehmen. Eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen.

Die Realität sieht leider ganz anders aus. Die Realität sieht leider ganz anders aus. Vielfalt, besonders am Leipziger Platz und in der Elisabethenanlage, gehören Hundehaufen zum festen Erscheinungsbild. Und das obwohl Hundekotbeutel vorhanden wären, die nur leider von zu wenigen Herrchen auch wirklich be-

nutzt werden. Unter obigem Motto sollen Hundehalter zum Nachdenken über ihr Verhalten angeregt werden. Das Ergebnis dieser Überlegungen kann dann unter scheissplakat@yahoo.de den Machern der Aktion mitgeteilt werden.

Dass die Plakataktion einen Nerv trifft, zeigt sich bereits nach nicht einmal einer Woche: Während ein Plakat lediglich im Gebüsch verschwunden war, wurde das andere von Unbekannten mit roter Farbe beschmiert.



Aktiv für den Westen

Die SPD im Bezirksbeirat

■ Im April hatte die SPD-Fraktion im Bezirksbeirat einen zusätzlichen, zentraleren und mit öffentlichen Verkehrsmitteln leichter zu erreichenden Standort für das Umweltmobil im Westen beantragt. Denn mit dem ÖPNV gelangt man nur schwer zum aktuellen Sammelplatz an der Hauptmannsreute. Dem Antrag der SPD kommt die AWS jetzt nach.

Ab Herbst wird es in der Gutenbergstraße bei der Württembergischen Versicherung einen zusätzlichen Standort geben. Dieser ist dann auch von der Bus- und S-Bahn-Haltestelle „Feuersee“ aus gut zu erreichen. Der alte an der Hauptmannsreute bleibt auch weiterhin bestehen. Insbesondere für ältere und nicht motorisierte Mitbürgerinnen und Mitbürger bedeutet dies eine deutliche Verbesserung des Angebots.

Auch im Hinblick auf die Radfahrerfreundlichkeit des Westens war die SPD-Fraktion in den vergangenen Sitzungen aktiv und brachte zwei Anträge mit folgendem Inhalt ein: Der erste Antrag fordert die bessere Anbindung des Westens an die Innenstadt. Hierzu soll insbesondere der Fußgängerüberweg über die Kreuzung Rotebühl-/Paulinenstrasse für den Radverkehr freigegeben werden.

Zusätzlich wurde eine entsprechende Beschilderung und das Absenken der Bordsteine beantragt. Der zweite Antrag betrifft den Bereich Arndt- / Vogelsangstraße. Hier wurde u.a. gefordert, die Abschrankung der Vogelsangstrasse durch Poller zu ersetzen, um eine gefahrlose und direkte Durchfahrt mit dem Rad zu ermöglichen.

Auf mehr Sicherheit für spielende Kinder, zielt ein von den Jusos initiiertes Antrag

für den Paul-Gerhardt-Platz. Dort stellen Glasscherben von den Altglassammelbehältern einen Gefahrenherd dar. Bereits im Mai 2007 hatte die SPD eine Verlegung der Behälter gefordert. Der Antrag wurde zwar nach langer Debatte mehrheitlich beschlossen, blieb aber ohne konkretes Ergebnis. Daher beantragte die Fraktion jetzt die Einfassung der Container mit einer niedrigen Mauer oder einem ähnlichen geeigneten Bauwerk, das die Ausbreitung von Scherben auf den angrenzenden Kinderspielbereich verhindern soll.

Für Anregungen, Lob und Kritik ist die Fraktion stets dankbar. Melden Sie sich doch einfach bei uns!

Ute Vogt: „Ich will für Stuttgart durchstarten“

SPD-Landesvorsitzende kandidiert für Bundestagswahl 2009



Ute Vogt

■ Ute Vogt, SPD-Chefin in Baden-Württemberg, kandidiert in Stuttgart für die Bundestagswahl 2009. Die Landesvorsitzende wurde von der Stuttgarter SPD Anfang Dezember für den Wahlkreis Stuttgart I aufgestellt, nachdem die bereits nominierte Kandidatin Cornelia Füllkrug-Weitzel, Direktorin der Hilfsorganisation „Brot für die Welt“, aus beruflichen Gründen ihren Rückzug angekündigt hatte. „Ich freue mich sehr über das Vertrauen der Stuttgarter SPD“, so Vogt.

„Gemeinsam mit Ute Kumpf will ich eine starke SPD in der Landeshauptstadt – und eine verlässliche und bürger-nahe Politik in Stuttgart und Berlin.“

Die ehemalige Staatssekretärin im Bundesinnenministerium erklärte, es sei an der Zeit, wieder „durchzustarten“. Sie wolle sich mit voller Kraft für einen Erfolg der Sozialdemokratie in 2009 einsetzen und auch das Direktmandat im Stuttgarter Süden für die SPD zurückerobern. „Mit Frank-Walter Steinmeier kann die Sozialdemokratie erneut ins Kanzleramt einziehen“, so Vogt. „Ich will an zentraler Stelle für die SPD in Bund, Land und der Landeshauptstadt kämpfen.“

Vogt betonte, im Rahmen ihrer Arbeit als Landesvorsitzende in den letzten zehn Jahren kenne sie die Interessen der Landeshauptstadt sehr gut. „Stuttgart ist eine wunderbar vielseitige Stadt. Nicht nur wegen der vielzitierten Tüftler und Denker oder der oft beschriebenen Lage zwischen Wald und Reben. Besonders beeindruckend ist vielmehr die Verbindung zwischen Tradition und Internationalität und der große Reichtum in Kultur und Sport“, so die Landtagsabgeordnete. „Und vor allem ist Stuttgart das Herz einer der wirtschaftlich stärksten Regionen in Europa. Diese Stärke ist in erster Linie den hunderttausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verdanken. Sie schaffen die Produkte und Dienstleistungen, die oft weltweit führend sind. Hier liegt die Grundlage

unseres Fortschritts und nach wie vor hohen Wohlstandsniveaus – und deswegen muss die Politik in dieser Stadt darauf ausgerichtet sein, dass dieses Fundament so stark bleibt und weiter gestärkt wird.“

Ob verlässliche Arbeitsplätze, gute Bildung und Betreuung, bezahlbarer Wohnraum, soziale Sicherung oder die Minderung der Mobilitätsprobleme – „mir geht es darum, Stuttgart als lebendiges Zentrum zu erhalten und weiterzuentwickeln“, so Vogt, die im kommenden Frühjahr von Pforzheim nach Stuttgart umzieht und mit den Bürgerinnen und Bürgern in ihrem neuen Wahlkreis oft und direkt ins Gespräch kommen möchte: „Ich will für Stuttgart durchstarten.“

Ute Vogts Kandidatur sei „ein großer Glücksfall für Stuttgart“, erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Andreas Reißig. „Mit unserer Landesvorsitzenden im Süden und unserer Ute Kumpf im nördlichen Bundestagswahlkreis haben wir nun zwei Powerfrauen, die sich mit Durchsetzungsfähigkeit und Sensibilität erfolgreich für die Menschen in der Landeshauptstadt stark machen“, so Reißig. „Das ist gut für Stuttgart und gut für Baden-Württemberg.“

Erfolgreicher Einsatz gegen Kinderarmut

■ In den Haushaltsberatungen des vergangenen Jahres haben wir als SPD-Fraktion Maßnahmen zur Linderung der Kinderarmut zum zentralen Thema gemacht.

Immerhin ist auch in Stuttgart jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Daher haben wir als Fraktion damals entschieden, ggf. der Finanzierung des Tunnels unter der Kulturmeile nicht zuzustimmen, wenn für die von uns beantragten Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut keine Zustimmung erfolgt. Heute, ein Jahr später, können sich die erzielten Ergebnisse sehen lassen: Bereits umgesetzt wurde das 1-Euro-Mittagessen in Betreuungseinrichtungen und Schulen mit Cafeterien. Auch ein Ausbau

von weiteren Schul-Cafeterien wird angestrebt. Familien von Schulanfängern werden rückwirkend für das laufende Schuljahr unbürokratisch finanzielle Unterstützung für notwendige Anschaffungen erhalten.

Ebenso bekommen die Betreuungseinrichtungen und Schulen pro bonuscardberechtigtem Kind eine geldliche Unterstützung, um so eine rege Teilnahme der finanziell benachteiligten Kinder am schulischen Gemeinschaftsleben zu gewährleisten. Auch die Einkommensgrenzen für die Berechtigung zur BonusCard wurden parallel zu den Einzelmaßnahmen erhöht, wodurch mehr Kinder aus sogenannten Schwellenhaushalten von einer Unterstützung profitieren können. Die SPD-Fraktion kann folglich mit dem

vorliegenden Maßnahmenkatalog zufrieden feststellen, dass sich der Einsatz gelohnt hat. Was bleibt, ist die Sorge um sogenannte Ballungszentren der Armut. Diese Regionen müssen künftig noch stärker in den Blick genommen werden.



Engagiert auf dem Weg gegen Kinderarmut.